

Bundesrat setzt das Schweizer Volk unter Druck

Bei der Frage zur Personenfreizügigkeit betreibt der Bundesrat aktiv einseitige und teilweise auf Falschaussagen basierende Behördenpropaganda. Eigentlich wäre das nicht zulässig, doch der Bundesrat lässt sich nicht stören. Leider hat am 1. Juni 2008 der Souverän die Volksinitiative abgelehnt, die diese Propagandatätigkeit einschränken wollte.

Der Bundesrat unterhält die derzeit grösste Schweizer PR-Agentur mit jährlich budgetierten 80 Mio. Steuerfranken. Zudem werden jährlich rund 140 Mio. Steuergelder an externe Lobbying-Agenturen bezahlt, um sämtliche Volksbegehren zu bodigen, soweit sie dem Bundesbern nicht in den Kram passen. Nun sieht sich der Bundesrat gerade darin bestätigt, im Vorfeld zur Volksbefragung am 8. Februar, mit Amtsautorität das Volk unter Druck zu setzen (z.B. Abstimmungs-Arena, v. 16. u.23. Februar) „diese Abstimmung müssen wir gewinnen!“ D.h. Bundesämter, PR- und Werbeagenturen werden nun ermächtigt, den Abstimmungskampf im Sinne des Bundesrates zu führen. Nach Ablehnung der Maukorbinitiative hat der Bundesrat lauthals versprochen, dass sich Bundesbern zukünftig mehr Zurückhaltung in Sachen Auftritte auferlegen wolle. Alles schon vergessen?! Der Bürger findet es je länger je bemühender, immer ins Unrecht versetzt zu werden. Das Volk – ja das Volk, warum sieht es die Folgen nicht. Mittlerweile dreschen die drei Exekutiv-Damen aus Bern landauf und landab, mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln auf die Gegner ein. Daher ist eine offene, ausgewogene und ehrliche Information der Stimmbürger nicht mehr gewährleistet. Wenn wir nicht jetzt den NEIN-Riegel vorschieben, überlassen wir der nächsten Generation ein enormes Debakel. Sie wird Opfer derjenigen Kreise, die ihrem Geldbeutel (Economiesuisse) zu liebe, mutwillig und bewusst mit falschen Argumenten und Hinterhältigkeit die Stimmbürger auf die falsche Fährte locken. Wenn ich die Argumente der Befürworter lese, wird es mir übel, was da alles erfunden, verdreht und gelogen wird. Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber!

Bei einem NEIN wird behauptet, die Guillotine-Erpressung käme zur Anwendung. Die EU ist sehr wohl interessiert an den Bilateralen I, sonst hätte sie diese Verträge nicht abgeschlossen!

Zur Erinnerung: Wir liefern der EU jährlich gegen 400 Millionen Franken Steuern aus Zinserträgen ab (bilaterales Abkommen). Wir zahlen 1 Milliarde Franken an die EU-Oststaaten. Zusätzlich zahlen wir Hunderte von Millionen an Rumänien und Bulgarien. Wir bezahlen über 30 Milliarden Franken an die NEAT. Wir investieren Milliarden in EU-Forschungsprogramme. Wir ertragen die Belastung von jährlich über 5 Millionen Transit-EU-Lastwagen (21'000 Fahrzeuge pro Tag!). Über 210'000 Grenzgänger arbeiten in der Schweiz. Über eine Million leben aus dem EU-Raum bei uns.

Viktor Nell, Ampolla